

Schneider, Clemens

Working Paper

Die offene Gesellschaft und ihre Zuwanderer: Kritische Gedanken zu einer planwirtschaftlichen Integrationspolitik

Ordnungspolitische Diskurse, No. 2017-02

Provided in Cooperation with:
OrdnungsPolitisches Portal (OPO)

Suggested Citation: Schneider, Clemens (2017) : Die offene Gesellschaft und ihre Zuwanderer: Kritische Gedanken zu einer planwirtschaftlichen Integrationspolitik, Ordnungspolitische Diskurse, No. 2017-02, OrdnungsPolitisches Portal (OPO), s.l.

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/162132>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

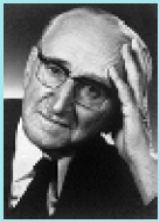
You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy



Clemens Schneider

Die Offene Gesellschaft und ihre Zuwanderer: Kritische Gedanken zu einer planwirtschaftlichen Integrationspolitik

Diskurs 2017 – 2

Die Offene Gesellschaft und ihre Zuwanderer: Kritische Gedanken zu einer planwirtschaftlichen Integrationspolitik

Clemens Schneider

Abstract

Im Folgenden soll unter besonderer Berücksichtigung der Schriften von Friedrich August von Hayek und seines intellektuellen Umfelds verdeutlicht werden, inwiefern auf die Forderung nach Integration (oder auch Assimilation oder gar Schutz der bestehenden Kultur) der Vorwurf des „Konstruktivismus“ zutrifft, den Hayek den Verfechtern der Planwirtschaft macht. Weiterhin soll begründet werden, warum in einer Offenen (Karl Popper) oder der Großen (Hayek) Gesellschaft auf eine Steuerung von Verhaltensweisen, Lebensgewohnheiten und ähnlichem verzichtet werden sollte und weshalb die spontane Ordnung auch außerhalb der Sphäre des Ökonomischen das erfolgreichste Modell zur Entwicklung einer Gesellschaft ist. Schließlich werden in einem Ausblick einige konkrete Vorschläge gemacht, wie ein gelingendes Zusammenleben von Zuwanderern und einheimischer Bevölkerung ermöglicht werden kann. Generell soll dieser Artikel einen Denkanstoß zur Debatte über das Zusammenleben von Migranten und Einheimischen in einer freiheitlichen Gesellschaft liefern, erhebt aber nicht den Anspruch, Antworten auf aktuell anstehende konkrete Fragen und Probleme zu geben. Vielmehr soll er als Ausgangsbasis für die Suche nach Antworten dienen. Wenn es stimmt, was der Ökonom Ludwig von Mises vor bald 100 Jahren beobachtete, ist es dringend notwendig, die Grundsatzdebatte zu führen: „Der Zug der Zeit geht eher auf Annäherung der Kultur entfernt wohnender Völker, wenn nicht gar auf eine Verschmelzung der Nationen.“¹

Keywords

Migration, Integration, Leitkultur, Pluralismus

Clemens Schneider, Prometheus – Das Freiheitsinstitut, Berlin,
clemensschneider@prometheusinstitut.de

¹ Insbesondere ausgeführt im Kapitel 1 „Vernunft und Evolution“ in: Hayek, Recht, 10-36.

Die Offene Gesellschaft und ihre Zuwanderer. Kritische Gedanken zu einer planwirtschaftlichen Integrationspolitik

Clemens Schneider

„Je mehr jemand das Fremde ablehnt und seine eigene Art als die überlegene betrachtet, desto mehr neigt er dazu, es als seine Mission zu betrachten, andere zu ‚zivilisieren‘ – nicht durch freiwilligen und ungehinderten Verkehr, den der Liberale begünstigt, sondern indem er ihnen die Segnungen einer tatkräftigen Regierung bringt.“²

- Friedrich August von Hayek

Mit dem starken Zuzug von Migranten, vorwiegend Flüchtlingen, seit dem Jahr 2015, die zudem aus islamisch geprägten Ländern stammen, ist auch die Debatte über Integration wieder stärker in den Fokus gerückt, die bereits in den frühen 1990er Jahren eine wichtige Rolle im öffentlichen Diskurs spielte, und seit den frühen 2000er Jahren besonders um den Begriff „Leitkultur“ herum geführt wird.

Dabei übernimmt der Begriff „Integration“ eine ähnliche Rolle, wie sie der Sozialphilosoph und Ökonom Friedrich August von Hayek für den Begriff „soziale Gerechtigkeit“ beschrieb – er ist ein unbestimmbares, beliebig austauschbares und oft in völlig gegensätzlichem Sinne verwendetes „Wieselwort“³. Häufig wird er verwendet, um einer Forderung an eine Personengruppe Ausdruck zu verleihen, sich in ihrer Lebensweise an bestimmte Vorgaben anzupassen, die als notwendige Voraussetzungen für die Teilhabe an der Mehrheitsgesellschaft definiert werden. Dabei kann diese Forderung durchaus von verschiedenen Seiten des politischen Spektrums geäußert werden, wie die geschichtlichen Beispiele zeigen: So hat etwa das französische Konzept der „laïcité“ starken Rückhalt in linken Kreisen, während der Kulturkampf Bismarcks von bürgerlich-liberalen Kräften unterstützt wurde und die Leitkultur-Debatte von Beginn an aus dem konservativen Lager forciert wurde.

² Hayek, Verfassung, 527.

³ Vgl. Hayek, Friedrich August von, Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus (Gesammelte Schriften Bd. B 7), Tübingen 2011, 130-133.

Gedankliche Grundlagen

Gerechtigkeit und Identität

„Es ist ein Mythos, ein irrationaler romantischer und utopischer Traum, ein Traum von Naturalismus und Stammeskollektivismus.“⁴

- Karl Popper

Hayek hat viel Mühen darauf verwandt, herauszuarbeiten, welcher Entwicklungsprozess zum Entstehen des modernen Staates geführt hat. Insbesondere in seinen Werken „Recht, Gesetz und Freiheit“ und „Die verhängnisvolle Anmaßung“ beschreibt er den Weg von der kleinen Gruppe zur Großen Gesellschaft. Eine zentrale Rolle in seiner Interpretation dieses Weges nimmt der Wandel der Moral ein: „die Ordnung einer kleinen Gesellschaft setzt voraus, daß ihre Mitglieder bestimmte, konkrete Zwecke im Auge haben, daß sie einer gemeinsamen Hierarchie von konkreten Zielen dienen.“⁵ Dies erfordert auch einen weitgehenden Konsens über moralische Prinzipien, die dem Überleben der Gruppe dienen. Altruismus, Kollektivismus und Konformismus sind wesentliche Säulen dieses Moralsystems. Die Große Gesellschaft und der moderne Staat wurden nach Hayek überhaupt erst möglich dadurch, dass Menschen erkannten, dass diese moralischen Grundsätze nicht beliebig skaliert und mithin auf immer größere Gruppen angepasst werden können. In der Großen Gesellschaft gilt: „Die Aufgabe des Staates besteht darin, eine Rahmenordnung zu schaffen, in der Einzelpersonen und Gruppen erfolgreich ihre jeweiligen Ziele verfolgen können“⁶. Durch diese Rahmenordnung ist das Tätigkeitsfeld des Staates klar begrenzt. Anders als im Familienverband der Kleingruppe liegt es außerhalb seiner legitimen Kompetenzen, in die konkrete Planung und Lebensgestaltung der Bürger einzugreifen.

Im Blick auf die gesamte Entwicklungsgeschichte des Menschen ist jene Zeit, die er in einer Großen Gesellschaft verbracht hat, verschwindend gering. Deshalb üben auch die Instinkte, die sich in der Zeit der Kleingruppen-Gesellschaft entwickelt haben, immer noch einen erheblichen Einfluss auf unser Verhalten und Empfinden aus.

⁴ Popper, Karl R., Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band 2: Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen (Gesammelte Werke Bd. 6), Tübingen 2003, 62.

⁵ Hayek, Ordnung, 30f.

⁶ Hayek, Recht, 446.

Insbesondere unsere Vorstellung von Gerechtigkeit oder auch dem „richtigen Verhalten“ orientiert sich oft noch an jenen Instinkten, die das Überleben der kleinen Gruppe in einem feindlichen Umfeld garantiert haben. Hayek sieht diese Instinkte als den Ursprung dessen an, was in der politischen und soziologischen Theorie als Kollektivismus beschrieben wird.⁷

Nicht alleine die Vorstellung, dass Güter gerecht verteilt werden sollten, gehört zu den Ergebnissen dieser Prägung des Menschen. Auch immaterielle Zielsetzungen – allein schon die Abstraktion des Konzepts der distributiven Gerechtigkeit – sind Teil dieser ursprünglichen Prägung und haben immer wieder Eingang gefunden in die Bemühungen der Menschen, ihr Miteinander zu organisieren: „infolgedessen wurde die Gesetzgebung zur Legalisierung von Zwang gebraucht, nicht nur um ungerechtes Handeln zu verhindern, sondern um bestimmte Ergebnisse für spezifische Personen oder Gruppen zu erreichen“⁸. Zu diesen erwünschten Ergebnissen zählt auch das Ideal der Homogenität. Um zu überleben, muss eine kleine Gruppe gemeinsame Wert- und Zielvorstellungen haben. Da sich diese Werte, auf die sich eine Gruppe geeinigt hat, als (zumindest scheinbar) überlebenswichtig herausgestellt haben, werden sie auch mit entsprechender Vehemenz verteidigt. Kultur in all ihren Facetten ist ein wesentliches Medium, um diese Werte zu transportieren und zu sanktionieren: von religiösen Bräuchen über tradierte Erzählungen bis zu Fahnen und Hymnen. Diese Elemente der Kultur dienen der Selbstvergewisserung und signalisieren, ob jemand Teil der Gruppe ist oder nicht.

Seit der Herausbildung von Staatlichkeit gab es immer eine enge Beziehung von Herrschaft und Kultur. Eine der deutlichsten Ausprägungen dieser Verbindung war die Verquickung von Religion und Staat. Wie moralische Vorstellungen können auch kultische Handlungen und Rituale zurückverfolgt werden auf die Zeit der Horde, wo sie der Stärkung der Gemeinschaft dienten. Dass Herrscher und Machthaber auf die-

⁷ Vgl. Hayek, Friedrich August von, Die überschätzte Vernunft, in: ders., Wirtschaftstheorie und Wissen. Aufsätze zur Erkenntnis- und Wissenschaftslehre (Gesammelte Schriften Bd. A 1), Tübingen 2007, 109-134, 110: „Erst die Zivilisation brachte Differenzierung und Individualisierung. Primitives Denken besteht hauptsächlich aus gemeinsamen Empfindungen der Mitglieder der kleinen Gruppe. Der moderne Kollektivismus ist ein Rückfall in diesen Zustand des Wilden, ein Versuch, diese starken Bande innerhalb der engen Gruppe, die die Bildung erweiterter, aber loser Zusammenschlüsse verhinderten, wiederherzustellen. In der kleinen Gruppe mußten die Anstrengungen auf die gemeinsam wahrgenommenen Ziele gerichtet und von derselben Bewußtheit der Umwelt geleitet sein.“

⁸ Hayek, Recht, 4.

se Mittel zurückgreifen, um den Gruppenzusammenhalt und ihre Autorität in der Gruppe zu stützen, ist kaum verwunderlich.

Wie die Verheißung, Gerechtigkeit herzustellen, hat auch das Versprechen, die „eigenen“ Werte zu schützen, die Identität zu erhalten und ein „gemeinsames“ Ziel zu verfolgen, über die Jahrhunderte hinweg immer wieder als Rechtfertigung für Eingriffe in die Lebensgestaltung und Interaktion der Untertanen oder Bürger seitens staatlicher Autoritäten geführt: „Diese Regeln, die für den Staatsapparat gelten, werden aber notwendigerweise von anderer Art sein als die universalen Regeln gerechten Verhaltens, welche die Grundlage der spontanen Ordnung der Gesellschaft insgesamt bilden. Es werden Organisationsregeln sein, die darauf ausgerichtet sind, bestimmte Ziele zu erreichen, positive Anordnungen, etwas zu tun oder bestimmte Ergebnisse zu erzielen, zu ergänzen und zu diesem Zweck die verschiedenen Behörden zu schaffen, durch die der Staat tätig wird.“⁹

Die unbequeme spontane Ordnung

„Ordnung ist kein Druck, den man von außen her auf die Gesellschaft ausübt, Ordnung ist Gleichgewicht, das in ihrem Inneren hergestellt wird.“¹⁰

- José Ortega y Gasset

Dem mit Mikromanagement und ständigen Interventionen befassten Obrigkeitsstaat setzten die liberalen Bewegungen der Neuzeit das Konzept eines selbstbeschränkten Staates entgegen. Dieser Staat ist in seiner Konzeption das Gegenteil des überkommenen Modells hierarchisch organisierter Staaten, das sich in vielerlei Hinsicht wie eine hypertrophe Version der Horde ausnimmt. Dieser „Minimalstaat“ ist der Ordnungsrahmen, innerhalb dessen sich die spontane Ordnung der Großen Gesellschaft in freier Kooperation entfalten kann.

Die Vordenker dieses Staatsverständnisses waren im 20. Jahrhundert vor allem Ökonomen, insbesondere Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek. Insofern ist es naheliegend, dass sie die Problematik des interventionistischen, steuern-

⁹ Ebd., 128; vgl. ebd., 136: „Das Recht der Organisation des Staates ist nicht Recht im Sinne von Regeln, die festlegen, welche Art von Verhalten im allgemeinen richtig wäre, sondern besteht aus Weisungen, was bestimmte Beamte oder Behörden des Staates zu tun haben.“

¹⁰ Ortega y Gasset, José, Mirabeau oder der Politiker, in: ders., Gesammelte Werke Bd. 2, Stuttgart 1950, 378.

den und planenden Staates vorrangig im Blick auf wirtschaftliche Prozesse darstellen. Allerdings haben diese Denker bei ihrer Kritik und ihren Gegenentwürfen keineswegs ausschließlich ökonomische Fragen adressiert. Vielmehr haben beide stets ihren Blick über ihr unmittelbares Fachgebiet hinaus auf die Gesamtheit menschlichen Verhaltens gerichtet. Mises' Hauptwerk trägt den Titel „Human Action“ und vermittelt damit schon deutlich, dass er eine Trennung des menschlichen Lebens in verschiedene Sphären ablehnt. Im Verständnis dieser Denker muss die Rede von einem „Wirtschaftsliberalismus“ unsinnig klingen. Ihre Beobachtungen menschlichen Verhaltens im Bereich des Ökonomischen sind mithin immer Beobachtungen über menschliches Verhalten im Allgemeinen.

Sobald eine Gesellschaft über die kleine Gruppe hinaus und in die Anonymität eingewachsen ist, bedarf sie, laut Hayek, neuer Organisationsstrukturen. Während die kleine Gruppe auf klare Zielsetzungen angelegt und somit auf Befehle und Hierarchien ausgerichtet ist¹¹, konstituiert sich die Große Gesellschaft gerade im Verzicht darauf¹² und im „Übergang von Regeln, die eine bestimmte Handlung vorschreiben, zu Regeln, die wesensmäßig negativ gefaßt sind“¹³. Wenn eine Gesellschaft zu groß geworden ist, um überblickt und geordnet zu werden, ist jeder Versuch dazu nicht nur zum Scheitern verurteilt¹⁴, sondern kann häufig auch schwerwiegende Folgen haben: mit Fehlentscheidungen am harmlosen Ende und Zwang, Gewalt und Unterdrückung am anderen Ende der Skala. Die Große Gesellschaft hingegen profitiert davon, wenn sich Individuen und kleine Gruppen in ihr freiwillig und spontan miteinander koordinieren und in einen effizienten Austausch an Informationen und Signalen eintreten¹⁵.

¹¹ Vgl. Hayek, Ordnung, 31: „Eine Gesellschaft, die auf der Verfolgung gemeinsamer Zwecke beruht – die teleokratische Gesellschaft –, möchte ich als Organisation oder Anordnung bezeichnen. Jede der Handlungen ihrer Mitglieder wird durch Anweisung der Anführer oder der Häuptlinge, oder wer auch immer diese Gesellschaft regiert, auf die Erreichung der gemeinsamen Zielhierarchie ausgerichtet.“

¹² Vgl. Hayek, Irrtümer, 21: „daß der Erfolg unseres zweckrationalen Handelns der Herrschaft von Werten in unserer Gesellschaft zu verdanken ist, die von den bewußt verfolgten Zielen sorgfältig unterschieden werden müssen.“

¹³ Hayek, Ordnung, 33.

¹⁴ Vgl. Hayek, Weg, 124: „Wenn man an die Gemeinschaft der Ziele und Interessen unter den Menschen glaubt, so dürfte man ein größeres Maß von Gleichförmigkeit der Gedanken und Anschauungen voraussetzen als es in Wahrheit unter ihnen existiert, soweit wir sie schlechthin als Menschen nehmen.“

¹⁵ Vgl. Hayek, Ordnung, 31f: „Die große Errungenschaft der offenen Großgesellschaft besteht darin, daß sie spontan Ordnung hervorbringen kann, dadurch, daß die Individuen abstrakten Regeln gehorchen, das heißt, daß sie eine sich selbst bildende Ordnung ist. Während eine solche, sich selbst bildende Ordnung jedem Individuum Gelegenheiten bietet, sein eigenes Wissen im Hinblick auf die

Wer heutzutage als Migrant in ein anderes Land zieht, begibt sich in der Regel in das, was Hayek als Große Gesellschaft beschreibt. Das Zusammenleben in seinem neuen menschlichen Umfeld ist geprägt von jener Anonymität und Unüberschaubarkeit, die eine präzise Steuerung verunmöglicht, „weil die Ordnung einer offenen oder Großgesellschaft [...] aus verschiedenen Gründen nur eine abstrakte Ordnung sein kann. Sie kann nur das sein, weil sie auf einer Anpassung an sich ständig ändernde Umstände beruht, die niemandem als Ganzes bekannt sind und daher auch nie durch bewußte Anordnung hergestellt werden können“¹⁶

Dennoch herrscht in vielen Staaten noch die weit verbreitete Ansicht, dass eben diese präzise Steuerung nicht nur in ökonomischen Fragen notwendig sei¹⁷. Das reicht von der zentralen Anfertigung von Lehrplänen über immer neue Formen des Paternalismus in Fragen der persönlichen Lebensführung bis hin zu Gesetzen wie etwa dem Burka-Verbot¹⁸. Verstärkt wird diese Vorstellung, dass die Große Gesellschaft einer ordnenden Hand bedürfe, durch „eine Furcht vor Veränderungen, ein ängstliches Mißtrauen gegen das Neue als solches“¹⁹.

Unbeabsichtigte und unbekannte Folgen

„Wir sind nicht weit davon entfernt, daß die bewußt organisierten Kräfte der Gesellschaft jene spontanen Kräfte zerstören könnten, die den Fortschritt möglich machen.“²⁰

- Friedrich August von Hayek

Erreichung seiner eigenen Ziele zu nutzen, dient sie als Ordnung jedoch selbst keinem konkreten Zweck. Sie produziert lediglich Gelegenheiten für jeden einzelnen.“

¹⁶ Hayek, Rechtsordnung, 40.

¹⁷ Das gilt insbesondere in Zeiten starker Umbrüche in einer Gesellschaft wie etwa in der Folge der 68er Jahre oder nach dem Fall des Eisernen-Vorhangs zu Beginn der 90er Jahre. Hayek beschreibt das im Blick auf die deutsche Einigungsbewegung im 19. Jahrhundert: „In einem Land, in dem alles, was an Traditionen vorhanden war, im wesentlichen lokal war, bedeutete das Streben nach Einheit eine systematische Opposition gegen fast jedes spontane Wachstum und die konsequente Einsetzung künstlicher Schöpfungen.“ In: Hayek, Individualismus, 27

¹⁸ Vgl. Hayek, Verfassung, 528: „Im Gegensatz zum Rationalismus der Französischen Revolution liegt der wahre Liberalismus nicht im Streit mit der Religion und ich kann die militante und wesentlich unliberale antireligiöse Einstellung, die den kontinentalen Liberalismus des 19. Jahrhunderts anfachte, nur bedauern.“

¹⁹ Ebd., 520.

²⁰ Ebd., 50.

Die Aufgabe, diese Gesellschaftssteuerung zu organisieren, wird Behörden und Politikern übertragen²¹. In demokratischen Staaten gehört das Versprechen, die eigene Macht einzusetzen, um konkrete kulturelle Vorstellungen durchzusetzen, zum klassischen Bestand jedes Wahlkampfes und jeder Öffentlichkeitsarbeit. Dabei sind die Möglichkeiten selbst mächtiger Politiker, eine kulturelle Revolution zu initiieren, zumindest in demokratischen Rechtsstaaten in der Regel gering²². Das hat zur Folge, dass die eigentlichen politischen Ziele meist nicht erreicht werden, während gleichzeitig eine Vielzahl von unbeabsichtigten Folgen hervorgebracht werden, die ihrerseits zu großen Belastungen für das gesellschaftliche Zusammenleben werden können (ein Phänomen, das Hayek und andere Denker wie John Locke, Adam Smith oder Frédéric Bastiat im ökonomischen Bereich vielfach beschrieben haben)²³.

So ist beispielsweise zu beobachten, dass in vielen Ländern, in denen es starke laizistische Gesetzesbestimmungen gibt, religiöse Gemeinschaften, die sich dadurch eingeschränkt oder bedroht sehen, Zuflucht im Rückzug aus der Gesellschaft suchen. So etwa die sehr starke traditionalistische Gruppe der französischen Katholiken oder viele muslimische Einwohner Frankreichs. Die implizite Botschaft, die durch eine starke Steuerung der Gesellschaft übermittelt wird, ist oft dergestalt, dass sie Minderheiten das Gefühl vermittelt, von der Mehrheit nicht akzeptiert zu werden. Damit einhergehen kann der Eindruck mangelnder Wertschätzung, der Marginalisierung, Ablehnung und auch das Gefühl, dass die eigenen Werte und kulturellen Normen als minderwertig angesehen werden. Diese Gefühle führen verständlicherweise häufig zu Abwehrreflexen, die das eigentliche Ziel einer Integration oder gar Assimilierung eher konterkarieren.

Das Prinzip der spontanen Ordnung basiert auf der Erkenntnis, dass sich Lösungen in der Regel in einem auf Austausch basierenden Lernprozess ergeben, an dem viele Menschen beteiligt sind. Hayek macht mehrfach sehr deutlich, dass dieser evolutio-

²¹ Vgl. Ebd., 521: „Der Konservative fühlt sich nur sicher und zufrieden, wenn er gewiß sein kann, daß eine höhere Weisheit die Veränderungen beobachtet und überwacht, und wenn er weiß, daß eine Behörde den Auftrag hat, die Veränderung ‚in Ordnung‘ zu halten.“

²² Vgl. dazu: Hayek, Friedrich August von, Die Intellektuellen und der Sozialismus, in: ders., Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik (Gesammelte Schriften Bd. A 7), Tübingen 2004, 3-15.

²³ Vgl. auch Hayek, Recht, 262: „Die Vorstellung, eine gemeinsame Skala bestimmter Werte sei eine gute Sache, die nötigenfalls durchgesetzt werden müßte, ist zwar in der Geschichte des Menschengeschlechts tief verwurzelt, doch erfolgt ihre Verteidigung heutzutage vor allem unter Rückgriff auf den irrigen Glauben, daß solch eine gemeinsame Zielskala für die Integration der Tätigkeiten der einzelnen in eine Ordnung notwendig und eine unerläßliche Voraussetzung für Frieden sei. Dieser Irrtum ist aber gerade das größte Hindernis für die Erreichung eben jener Ziele.“

rische und ungesteuerte Prozess nicht nur auf dem Gebiet des Ökonomischen zu den besten Ergebnissen führt: „Dieses Zusammenspiel der Individuen mit verschiedenen Wissen und verschiedenen Meinungen ist das, was das Wesen des geistigen Lebens ausmacht. Das Wachstum unseres Vernunftwissens ist ein sozialer Prozeß, der sich auf solche Verschiedenheit gründet. Es liegt in seinem Wesen, daß seine Ergebnisse nicht vorausgesagt werden können, daß wir nicht wissen können, welche Ansichten dieses Wachstum fördern werden und welche nicht, kurzum, daß dieses Wachstum nicht der Herrschaft irgendwelcher Ansichten, die wir heute hegen, unterworfen werden kann, ohne daß es gleichzeitig gehemmt wird. Den geistigen Wachstumsprozeß oder auch den Fortschritt im allgemeinen Sinne zu ‚planen‘ oder zu ‚organisieren‘, ist ein Widerspruch in sich selbst. Die Vorstellung, daß der menschliche Geist ‚bewußt‘ seine eigene Entwicklung überwachen solle, verwechselt die individuelle Vernunft, die allein irgendetwas ‚bewußt‘ überwachen kann, mit dem interpersonellen Prozeß, dem ihr Wachstum zu verdanken ist. Wenn wir diesen Prozeß zu zügeln versuchen, so hemmen wir lediglich seine Entwicklung und führen früher oder später geistigen Stillstand und Niedergang herbei.“²⁴

Für Hayek ist der Verzicht auf zentrale Planung, Steuerung und Gestaltung die Grundvoraussetzung für Entwicklung, nicht zuletzt im kulturellen Bereich und in Bezug auf das Zusammenleben der Menschen: „Nicht nur finden die meisten sozialen Entwicklungsprozesse statt, ohne daß sie jemand wünscht oder vorhersieht, sondern sie führen auch nur deshalb zu kultureller Entwicklung.“²⁵ Um kulturelle Entwicklung zu ermöglichen, sind deshalb Demut und Toleranz gegenüber anderen Meinungen unerlässlich²⁶. Der Versuch einer „umfassenden Lenkung des sozialen Prozesses“ ist mithin für eine Gesellschaft eher schädlich und gefährlich. An die Stelle einer Feinsteuerung muss ein Gerüst aus abstrakten Regeln treten. Das ist ein für viele Menschen zunächst kontraintuitiver Vorschlag, weil von Politik und Bürokratie immer wieder die Erwartung geweckt wird, dass politisch Verantwortliche am wirkungsvollsten Problemlösungen erreichen können, und dies mit der Aussicht, dass diese Lösungen

²⁴ Hayek, Weg, 145.

²⁵ Hayek, Recht, 447f; ebd. weiter: „Aus einem gelenkten Prozeß kann nichts Größeres entstehen als das, was der lenkende Kopf vorhersehen kann. [...] Eine in Entwicklung begriffene Gesellschaft schreitet nicht dadurch fort, daß der Staat ihr neue Gedanken aufprägt, sondern dadurch, daß beständig neue Wege und Methoden praktisch ausprobiert werden.“

²⁶ Vgl. Hayek, Weg, 145: „Der Individualismus ist daher eine Haltung der Demut angesichts dieses sozialen Prozesses und der Duldsamkeit gegenüber anderen Meinungen. Es ist das genaue Gegenteil jener intellektuellen Hybris, in der das Verlangen nach einer umfassenden Lenkung des sozialen Prozesses wurzelt.“

den eigenen Vorstellungen entsprechen²⁷. Diesem autoritativen Konzept stellt Hayek sein auf Kooperation und Dialog fußendes Ideal der „Freiheit unter allgemeinen Gesetzen“ entgegen.

Darüber hinaus begründet Hayek seine Ablehnung einer Gesellschaftssteuerung auch mit dem Toleranz-Argument. So stellt er fest, „daß die Moral von Handlungen innerhalb des privaten Bereichs kein geeigneter Gegenstand staatlicher Zwangsmaßnahmen ist.“²⁸ Auch Verhaltensweisen, die uns fremd oder unangenehm sind, müssen wir in einer Großen Gesellschaft ertragen können. Wenn etwa Muslime Frauen den Handschlag verweigern oder ihre Kinder im Sinne einer patriarchalischen Ordnung erziehen, wird das sicherlich von vielen Menschen nicht nur als unangenehm empfunden, sondern auch als sehr deutlicher Gegensatz zu den Wertvorstellungen liberaler Gesellschaften. Dennoch kann die Ablehnung dieser Verhaltensweisen kein hinreichender Grund sein, um hier Zwang auszuüben. Erst da, wo – etwa im häuslichen Bereich – Zwang angewandt wird, kann der freiheitliche Rechtsstaat legitimer Weise seinerseits zu Zwangsmitteln greifen.

Dies Nicht-Einmischungs-Gebot liberaler Ordnungen gilt auch deswegen, weil die Bevorzugung bestimmter kultureller Normen – und seien sie auch noch so dominant – den Grundsätzen der abstrakten Ordnung der Großen Gesellschaft widerspricht, „wenn wir unter ‚Recht‘ die für jedermann gleich geltenden allgemeinen Regeln verstehen. Diese Allgemeinheit ist wahrscheinlich das Wichtigste an der Eigenschaft des Rechts, die wir seine ‚Abstraktheit‘ genannt haben. So wie ein echtes Gesetz keine partikulären Umstände anführen soll, so sollte es insbesondere keine bestimmten Personen oder Gruppen von Personen herausgreifen.“²⁹

²⁷ Vgl. Hayek, *Verfassung*, 205: „Der Widerstand gegen ein System der Freiheit unter allgemeinen Gesetzen stammt größtenteils aus der Unfähigkeit, sich eine wirkungsvolle Koordination der menschlichen Tätigkeiten ohne bewußte Organisation durch eine befehlende Intelligenz vorzustellen.“

²⁸ Im größeren Zusammenhang schreibt Hayek in *Hayek, Verfassung*, 186f: „Insbesondere sollte die Freude oder der Ärger, den das Wissen vom Handeln anderer Menschen verursachen mag, nie als rechtmäßiger Grund für Zwang angesehen werden. [...] Ganz allgemein bedeutet das, daß die Moral von Handlungen innerhalb des privaten Bereichs kein geeigneter Gegenstand staatlicher Zwangsmaßnahmen ist. Vielleicht ist es sogar eines der wichtigsten Charakteristika einer freien im Gegensatz zu einer unfreien Gesellschaft, daß die Dinge des Verhaltens, die nicht direkt den geschützten Bereich anderer berühren, die Regeln, die tatsächlich von den meisten beobachtet werden, freiwilligen Charakter tragen und nicht mit Zwang durchgesetzt werden. [...] Wahrscheinlich ist von Menschen, die entschlossen waren, Zwang anzuwenden, um ein moralisches Übel auszumerzen, mehr Schaden und Elend verursacht worden als von Menschen, die absichtlich Böses taten.“

²⁹ Ebd., 197.

Vielfalt als Bedingung des Lernens und der Entwicklung

„Der Staat ist die Brutstätte, in der die Energie, das Wissen und die Fähigkeiten unterschiedlicher Teile der Menschheit miteinander in Austausch kommen und sich verbinden können. Wo politische Grenzen mit nationalen zusammenfallen, hört die Gesellschaft auf, zu existieren, und Länder fallen zurück in einen Zustand, der sich vergleichen lässt mit dem von Menschen, die den Austausch mit ihren Mitmenschen ablehnen.“³⁰

- Lord Acton

Eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der Großen oder Offenen Gesellschaft war die wachsende Fähigkeit und Bereitschaft menschlicher Gemeinschaften, Abweichungen zu akzeptieren und unterschiedliche Wertvorstellungen, Lebensentwürfe und Zielsetzungen nebeneinander existieren zu lassen.³¹ Durch Wettbewerb, Experimente und Austausch gewann der gesellschaftliche Lernprozess zunehmend an Dynamik. So setzte sich die Erkenntnis durch, „die gesellschaftlichen Probleme würden sich besser lösen lassen, wenn man nicht darauf vertraut, daß irgend jemand das ihm verfügbare Wissen gut nutzen wird, sondern einen Prozeß interpersonellen Meinungs-austausches fördert, aus dem sich mehr Wissen ergeben wird. Aus der Diskussion und gegenseitigen Kritik der unterschiedlichen, auf verschiedenen Erfahrungen gestützten menschlichen Ansichten erwartet man eine er-

³⁰ Acton, Nationality, 426 (Übers. d. Verf.): „It is in the cauldron of the State that the fusion takes place by which the vigour, the knowledge, and the capacity of one portion of mankind may be communicated to another. Where political and national boundaries coincide, society ceases to advance, and nations relapse into a condition corresponding to that of men who renounce intercourse with their fellow-men.“

³¹ Vgl. Hayek, Recht, 262f: „Würde es zur Bedingung der Mitgliedschaft in einer Gesellschaft gemacht, daß jemand die konkreten Ziele, auf die die anderen Mitglieder hinarbeiten, billigt und bewußt unterstützt, so würde der Hauptfaktor ausgeschaltet, der für den Fortschritt einer solchen Gesellschaft sorgt. Dort, wo Einigkeit über konkrete Ziele notwendige Voraussetzung von Ordnung und Frieden ist und eine abweichende Meinung eine Gefahr für die Ordnung der Gesellschaft, wo Billigung und Tadel von den konkreten Zielen abhängen, denen bestimmte Handlungen dienen, wären die Kräfte des geistigen Fortschritts stark eingeeengt. So sehr die Übereinstimmung über Ziele, wenn sie vorhanden ist, den Gang des Lebens in vielerlei Hinsicht erleichtern kann, ist doch die Möglichkeit zum Widerspruch oder zumindest das Fehlen eines Zwanges, sich über bestimmte Ziele einig sein zu müssen, die Grundlage jener Art von Zivilisation, die entstanden ist, seit die Griechen das selbständige Denken des einzelnen als die wirksamste Methode zur Förderung des menschlichen Geistes entwickelten.“

folgreiche Wahrheitsfindung oder wenigstens die beste Annäherung an die Wahrheit.“³²

Pluralismus³³ garantiert, dass alle Mitglieder einer Gemeinschaft durch ihre individuellen Entscheidungen und ihre Interaktion zu Entstehen, Erhalt und Gedeihen der freiheitlichen Gesellschaft beitragen und der Prozess nicht durch Intervention und Planung gestört wird.³⁴ Freilich stellt der Pluralismus auch eine beständige Herausforderung dar, weil er jeden – auch den Liberalen – in seinen Überzeugungen in Frage stellt und die Möglichkeit unerwünschter Veränderungen in sich birgt. Das wird vor allem dann als bedrohlich empfunden, wenn Grundüberzeugungen und Werte zur Disposition stehen und nicht lediglich technische oder prozedurale Fragen. Hayek argumentiert, dass sich in diesem Veränderungsprozess auf lange Sicht diejenigen Werte durchsetzen werden, die zum Erhalt einer Gemeinschaft besser geeignet sind.³⁵ Es ist charakteristisch für Hayeks Denken, gegenüber der individuellen Vernunft ein gerütteltes Maß an Skepsis aufzubringen, jedoch optimistisch zu sein im Blick auf die Ergebnisse der, zum Teil auch viele Generationen übergreifenden, Lernprozesse vieler miteinander in Interaktion stehender Menschen. Ein Wertewandel ist für ihn mithin etwas, dem er mit einem Vertrauensvorschuss entgegensieht,

³² Hayek, Friedrich August von, Liberalismus, in: ders., Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Aufsätze zur Politischen Philosophie und Theorie (Gesammelte Schriften Bd. A 5), Tübingen 2002, 88-119, 115; vgl. Hayek, Weg, 145: „Dieses Zusammenspiel der Individuen mit verschiedenen Wissen und verschiedenen Meinungen ist das, was das Wesen des geistigen Lebens ausmacht. Das Wachstum unseres Vernunftwissens ist ein sozialer Prozeß, der sich auf solche Verschiedenheit gründet. Es liegt in seinem Wesen, daß seine Ergebnisse nicht vorausgesagt werden können, daß wir nicht wissen können, welche Ansichten dieses Wachstum fördern werden und welche nicht, kurzum, daß dieses Wachstum nicht der Herrschaft irgendwelcher Ansichten, die wir heute hegen, unterworfen werden kann, ohne daß es gleichzeitig gehemmt wird.“

³³ Vgl. das Kapitel „Eine freie Gesellschaft ist eine pluralistische Gesellschaft ohne gemeinsame Hierarchie konkreter Ziele“, in: Hayek, Recht, 260-263.

³⁴ Vgl. Hayek, Individualismus, 31: „Was der Individualismus uns lehrt, ist, daß die Gesellschaft nur insoweit etwas größeres ist als der Einzelne, als sie frei ist. Sobald sie unter Gewalt oder Lenkung steht, wird sie auf die Maße der Kraft des Einzelverstandes eingeschränkt, der sie beherrscht oder lenkt.“

³⁵ Vgl. Hayek, Verfassung, 47f: „Wir müssen die Tatsache anerkennen, daß sogar veränderlich ist, was [Menschen] als gut und schön ansehen, nicht in einer erkennbaren Art, die zu einer relativistischen Position berechtigen würde, sondern in dem Sinne, daß wir in vieler Hinsicht nicht wissen, was einer späteren Generation gut oder schön erscheinen wird. Wir wissen auch nicht, warum wir dies oder jenes als gut ansehen, oder wer recht hat, wenn Menschen verschiedener Ansicht sind, ob etwas gut ist oder nicht. Der Mensch ist nicht nur hinsichtlich seines Wissens, sondern auch seiner Ziele und Werte ein Geschöpf der Zivilisation; letzten Endes bestimmt die Bedeutung dieser individuellen Wünsche für die Erhaltung der Gruppe oder der Art darüber, ob sie bestehen bleiben oder sich ändern werden.“

sofern dieser ein Ergebnis des Wettbewerbs der Ideen und nicht autoritativer Eingriffe zentraler Planer oder „Sozialingenieure“ ist.³⁶

Diesem Optimismus steht entgegen, dass viele Menschen andere Werte als Bedrohung empfinden, mitunter auch der Fähigkeit ihres eigenen Wertesystems misstrauen, sich im freien, ungesteuerten Wettbewerb durchzusetzen. Dieses Phänomen beleuchtet Hayek in seinem Essay „Konservatismus und Liberalismus“, der dem Werk „Die Verfassung der Freiheit“ beigefügt ist: „Was ich meine ist, daß [der Konservative] keine politischen Prinzipien hat, die es ihm ermöglichen, mit Leuten, die andere moralische Ansichten haben als er, an einer politischen Ordnung zu arbeiten, in der beide ihren Überzeugungen folgen können. Es ist die Anerkennung solcher Prinzipien, die das Nebeneinanderbestehen verschiedener Wertesysteme erlaubt und es möglich macht, mit einem Minimum an Gewalt eine friedliche Gesellschaft aufzubauen. Die Anerkennung solcher Prinzipien heißt, daß wir bereit sind, viel zu dulden, was uns nicht liegt.“³⁷

Der Pluralismus ist auch deshalb für viele Menschen ein Ärgernis, weil sie sich im Rückgriff auf unser aus Kleingruppen-Zeiten ererbtes Identitätsbedürfnis eine Einigung der Gesellschaft auf bestimmte Werte und Moralansichten erwarten.³⁸ Neben die Sorge vor dem Verlust der Relevanz eigener Wertvorstellungen tritt somit auch die Ablehnung einer Koexistenz verschiedener Wertesysteme. Für Hayek steht freilich fest, dass die Vorstellung der klaren Abgrenzbarkeit eine Illusion ist, die aus vererbten Verhaltens- und Denkmustern herrührt, allerdings eindeutig an der Realität vorbeigeht. Vielmehr ist in Hayeks Verständnis Identität etwas, das gerade durch die Vermischung vieler Einflüsse entsteht und vor allem jeweils nur einmal in der einzigartigen Form des Individuums vorkommt. Dies gilt umso mehr in modernen Gesellschaften, in denen die Möglichkeiten zum Austausch immer mehr zunehmen: „Unter

³⁶ Vgl. ebd., 48: „Obwohl wir annehmen können, daß eingebürgerte soziale Normen in gewisser Weise zur Erhaltung der Zivilisation beitragen, können wir eine Bestätigung nur dadurch finden, daß wir feststellen, ob sie sich im Wettbewerb mit anderen Normen, denen andere Individuen und Gruppen folgen, bewähren.“

³⁷ Ebd., 522f.

³⁸ Vgl. Hayek, Recht, 261f: „Viele Leute empfinden es als anstößig, daß die Große Gesellschaft keine gemeinsamen konkreten Zwecke verfolgt [...] In diesem Umstand läßt die herrschende Moraltradition, die sich zum guten Teil aus der zweckbezogenen Stammesgesellschaft herleitet, die Leute oft einen moralischen Mangel der Großen Gesellschaft sehen, den es zu beheben gilt.“; vgl. Hayek, Verfassung, 526: „Die Entwicklung von Ideen ist ein internationaler Prozeß [...]. Es ist kein ernstes Argument zu sagen, daß eine Idee unamerikanisch, unenglisch oder undeutsch ist, und ein falsches oder schlechtes Ideal wird deswegen nicht besser, weil es von einem unserer Landsleute aufgestellt wurde.“

heutigen Gegebenheiten gehört der einzelne normalerweise nicht nur einer Gesellschaft an, und es ist auch höchst wünschenswert, daß dem nicht so ist. Jeder von uns gehört glücklicherweise vielen verschiedenen, einander überlappenden und verbundenen Gesellschaften an, zu denen er mehr oder weniger intensiv und dauerhaft gehören kann.“³⁹

Plan und Zwang

„Unter keinen Umständen kann irgendeine Gruppe sich deshalb anmaßen, das Denken und den Glauben der Menschen bestimmen zu wollen.“⁴⁰

- Friedrich August von Hayek

Der Versuch, eine Gesellschaft, ihre Diskurse und Entwicklungen zu lenken, ist in ähnlicher Weise zum Scheitern verurteilt wie das Bemühen einer ökonomischen Planung und Steuerung. Diesem Vorhaben liegt die, wie Hayek es nennt, rationalistische oder konstruktivistische Vorstellung zugrunde, „daß der Mensch von Anfang an mit den intellektuellen und moralischen Fähigkeiten begabt war, die es ihm ermöglichen, die Zivilisation bewußt zu bilden“⁴¹. Die freien Gesellschaften unserer Zeit, in denen das Individuum ein hohes Maß an Schutz genießt und der spontanen Entwicklung großer Raum zugestanden wird, konnten sich gerade deshalb herausbilden, weil eine gesellschaftliche Steuerung ausblieb oder verhindert wurde.

Eine Gesellschaft zu planen, ist nicht nur unmöglich, es steht sogar im unmittelbaren Gegensatz zu der Phänomenologie der Großen Gesellschaft: „Dieses Gefüge menschlicher Tätigkeiten paßt sich unablässig an Millionen von Tatsachen an, die in ihrer Gesamtheit keinem einzelnen bekannt sind, und es funktioniert aufgrund dieser Anpassung.“⁴² Hayek schließt selbst die Möglichkeit aus, eine Gesellschaft durch unmittelbare und konkrete Eingriffe in eine andere Richtung zu lenken: „Wie wir se-

³⁹ Hayek, Recht, 447.

⁴⁰ Hayek, Weg, 144.

⁴¹ Hayek, Recht, 78.

⁴² Ebd., 15; vgl. Hayek, Individualismus, 18: „Weit davon entfernt, der freiwilligen Gesellschaftsbildung entgegenzustehen, stützt sich die individualistische Anschauung im Gegenteil auf die Behauptung, daß die Dinge, die nach vieler Leute Ansicht nur durch bewußte Lenkung zustande gebracht werden können, viel besser durch die freiwillige und spontane Zusammenarbeit der Individuen erreicht werden können. Der konsequente Individualist sollte daher ein enthusiastischer Anhänger der freiwilligen Zusammenarbeit sein – insofern und solange sie nicht ausartet und Zwang auf andere ausübt oder zur Anmaßung ausschließlicher Rechte führt.“

hen werden, ist es nicht nur unmöglich, die spontane Ordnung durch Organisation zu ersetzen und gleichzeitig das verstreute Wissen aller ihrer Mitglieder bestmöglich zu nützen, sondern auch, diese Ordnung durch Eingriffe in Form direkter Befehle zu verbessern oder zu korrigieren.“⁴³

Die technische Unmöglichkeit von Gesellschaftsplanung führt in der Konsequenz häufig zu vermehrtem Einsatz von Zwang, um die gewünschten Ergebnisse doch noch zu erreichen. Auf dem Gebiet des Ökonomischen führt dies dann zu Arbeitszwang, Konfiskationen, Sanktionen, Ressourcen-Entzug und ähnlichen Maßnahmen bis hin zum Einsatz von Gewalt. Um eine gesellschaftliche oder kulturelle Planung durchzusetzen, kann auf unterschiedliche Mittel zurückgegriffen werden: von gezielten bildungspolitischen Maßnahmen über Kleidungsverbote bis hin zu Ausweisungen. Die erwartete Dominanz oder auch nur die Gegenwart anderer Wertesysteme und kultureller Lebensentwürfe werden als Bedrohung oder Kontrollverlust wahrgenommen. „Dieses Unwissen darüber, wie der Mechanismus der spontanen Ordnung solch ein ‚Problem‘ lösen wird, von dem wir wissen, daß es gelöst werden muß, wenn nicht die ganze Ordnung zerfallen soll, läßt oft panikähnliche Aufregung entstehen und die Forderung laut werden, zur Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts möge der Staat in Aktion treten.“⁴⁴ Für Hayek ist jedoch die Anwendung von Zwang zur Durchsetzung von Wertvorstellungen im Rahmen einer freiheitlichen Ordnung kategorisch ausgeschlossen: „für den Liberalen bildet die Bedeutung, die er persönlich bestimmten Zielen beimißt, keine hinreichende Rechtfertigung, andere zu zwingen, ihnen zu dienen.“⁴⁵

Hayek stellt im ersten Teil seiner „Verfassung der Freiheit“ „die Frage, ob die Übereinstimmung der Mehrheit über eine moralische Regel eine ausreichende Rechtfertigung dafür ist, sie einer anders denkenden Minderheit aufzuzwingen, oder ob diese Erzwingungsgewalt nicht auch durch allgemeinere Regeln beschränkt werden sollte“⁴⁶. Die Antwort gibt er im Anhang des Buches, wo er feststellt: „Erfolgreich mit anderen zu leben und zu arbeiten, erfordert mehr als ein Festhalten an den eigenen konkreten Zielen. Es erfordert eine intellektuelle Bindung an eine Form der Ordnung, in der anderen auch in Fragen, die für einen selbst grundlegend sind, gestattet ist,

⁴³ Hayek, Recht, 53.

⁴⁴ Ebd., 65.

⁴⁵ Hayek, Verfassung, 523.

⁴⁶ Ebd., 89.

andere Ziele zu verfolgen. Aus diesem Grund können für den Liberalen weder moralische noch religiöse Ideale Gegenstand des Zwanges sein [...] Ich habe manchmal das Gefühl, daß die hervorstechende Eigenschaft, die den Liberalismus ebenso vom Konservatismus wie vom Sozialismus trennt, die ist, daß moralische Anschauungen in Dingen des Verhaltens, das nicht unmittelbar in den geschützten Bereich anderer Personen eingreift, Zwang nicht rechtfertigen.“⁴⁷

Weiterführende Vorschläge

Die abstrakte Ordnung der freien Gesellschaft

„Freie Menschen, denen erlaubt sein soll, ihre Mittel und Kenntnisse für ihre persönlichen Ziele einzusetzen, dürfen keinen Regeln unterworfen werden, die ihnen sagen, was sie tun sollen, sondern nur Regeln, die ihnen sagen, was sie nicht tun dürfen.“⁴⁸

- Friedrich August von Hayek

Jeder Mensch, der sich auf dem Gebiet eines freiheitlichen Rechtsstaates aufhält, ist verpflichtet, sich an die dort geltenden Gesetze und insbesondere an die Verfassung des Staates zu halten. Es ist in einem solchen Staat auch selbstverständlich, dass Gleichheit vor dem Gesetz herrscht. Menschen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Landes besitzen, sind nur insofern nicht gleich vor dem Gesetz als spezifische Bestimmungen betroffen sind, die mit den Rechten und Pflichten der Staatsbürger zusammenhängen. Zu den allgemeinen Pflichten des Staatsbürgers gehört nicht eine Integration oder Anpassung an eine „Leitkultur“. Bei der Vermittlung von Werten gegenüber den eigenen Bürgern setzen staatliche Institutionen im Rechtsstaat in der Regel auf die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente wie etwa im Bereich staatlicher Bildungspolitik, politischer Bildung und des öffentlichen Diskurses in Medien. Spezifische Rechte wie etwa die Ausübung des Wahlrechts oder der Bezug sozialstaatlicher Leistungen sind im Allgemeinen nicht an den Nachweis von Integration

⁴⁷ Ebd., 523; vgl. ebd., 528: „Was den Liberalen hier vom Konservativen unterscheidet, ist jedoch, daß er, so tief auch seine eigenen spirituellen Überzeugungen sein mögen, sich nie für berechtigt halten wird, sie anderen aufzudrängen“.

⁴⁸ Hayek, Grundsätze, 76.

oder Konformität gebunden. Hier zwischen Einheimischen und Zuwanderern zu unterscheiden, widerspricht dem Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz.

Es gehört für Hayek zum Wesen des Rechtsstaates, dass die dort herrschenden Regeln möglichst abstrakt und allgemein sind. Dies ist der wesentliche Unterschied zu Staatsformen, in denen ein Herrscher autoritär regiert. „Die allgemeinen Rechtsregeln, auf denen eine spontane Ordnung beruht, haben eine abstrakte Ordnung zum Ziel, deren spezifischer oder konkreter Inhalt niemandem bekannt und von niemandem vorhersehbar ist, während die Befehle [...] auf spezifische Ergebnisse abstellen, die das Ziel derjenigen sind, die in der Organisation das Sagen haben.“⁴⁹

Der Versuch, Integration zu steuern und zu spezifizieren, würde weit über die abstrakte Ordnung hinausgehen, die Hayek vor Augen hat. Integrationsmaßnahmen wären den „Befehlen“ vergleichbar, die den Menschen zum Teil erheblich in seiner individuellen Entfaltung einschränken können: „Der Idealtyp des Befehls bestimmt eindeutig die vorzunehmende Handlung und lässt jenen, an die er sich wendet, keine Möglichkeit, ihr eigenes Wissen zu benützen oder ihren eigenen Vorlieben zu folgen. [...] Der Idealtyp des Gesetzes dagegen stellt bloß zusätzliche Information zur Verfügung, die bei der Entscheidung des Handelnden in Betracht zu ziehen ist.“⁵⁰ An Stelle einer durchgeplanten Organisation der Gesellschaft mit Hilfe von Befehlen plädiert Hayek für eine Ordnung von Regeln, „die uns nicht positiv sagen, was wir tun sollen, sondern nur, was wir nicht tun dürfen.“⁵¹

Migranten sind selbstverständlich verpflichtet, sich an Recht und Gesetz des Landes zu halten, in dem sie sich aufhalten, sofern es sich um einen Rechtsstaat handelt. Das schließt ausdrücklich ein, dass im Konfliktfall die herrschenden Gesetze eines Landes stets religiöse oder kulturelle Gesetze einer speziellen Gemeinschaft aufheben. Über diese Pflicht zur Gesetzestreue hinaus sollte es jedoch keine Sonderregelungen, Auflagen oder Vorschriften für einzelne oder Gruppen geben. Recht und Gesetz sind der notwendige, aber eben auch ausreichende Rahmen für Entstehen und Erhalt einer Ordnung: „Ebenso können wir die Bedingungen für die Bildung einer Ordnung in der Gesellschaft schaffen, aber wir können die Art und Weise nicht festlegen, in der sich ihre Elemente unter geeigneten Bedingungen zu einer Ordnung

⁴⁹ Hayek, Recht, 52.

⁵⁰ Hayek, Verfassung, 192f.

⁵¹ Hayek, Irrtümer, 22.

finden werden. In diesem Sinne besteht die Aufgabe des Gesetzgebers nicht darin, eine bestimmte Ordnung herzustellen, sondern nur darin, Bedingungen zu schaffen, unter denen sich eine solche Ordnung bilden und immer wieder erneuern kann.“⁵²

Hayek spezifiziert sein Ideal einer Ordnung, die sich auf abstrakten und allgemeinen Regeln gründet mit dem Konzept der „drei großen Negative“. Für ihn können „die grundlegenden Prinzipien einer liberalen Gesellschaft dahingehend zusammengefaßt werden, daß in einer solchen Gesellschaft alle Zwangsfunktionen der Regierung geleitet sein müssen von der überragenden Bedeutung dessen, was ich gerne die drei großen Negative nennen: Friede, Gerechtigkeit und Freiheit. Um sie zu erreichen, ist es erforderlich, daß die Zwangsgewalt der Regierung auf die Durchsetzung solcher (als abstrakte Regeln formulierter) Verbote beschränkt wird, die in gleicher Weise für alle anwendbar sind“⁵³.

Diese Prinzipien sind für ihn die entscheidende Grundlage für das Prosperieren der Großen Gesellschaft: „Es war gerade die Beschränkung des Zwangs auf die Durchsetzung der negativen Regeln gerechten Verhaltens, welche die Integration von Personen und Gruppen mit unterschiedlichen Zielen in eine friedliche Ordnung ermöglichte; und es ist das Fehlen vorgeschriebener gemeinsamer Ziele, das eine Gesellschaft freier Menschen zu all dem befähigt, was wir an ihr zu schätzen gelernt haben.“⁵⁴

Man kann also mit Hayek sagen, dass eine wesentliche Voraussetzung dafür, das Zusammenleben von Migranten und Einheimischen erfolgreich zu gestalten, darin liegt, den abstrakten Charakter des Rechtsstaats zu bewahren.

⁵² Hayek, Verfassung, 206.

⁵³ Hayek, Grundsätze, 87.

⁵⁴ Hayek, Recht, 262.

Gesellschaftlicher Frieden durch Nichteinmischung

„Durch die Wanderbewegungen [...] werden immer neue Gebiete vor das Problem der gemischten Bevölkerung gestellt. Will man nicht künstlich die Reibungen, die aus diesem Zusammenwohnen entstehen müssen, noch vergrößern, dann muß man den Staat auf jene Aufgaben beschränken, die nur von ihm erfüllt werden können.“⁵⁵

- Ludwig von Mises

Staatliche Eingriffe in das Privatleben und insbesondere in das Werteverständnis und die kulturelle Identität von Menschen bergen stets ein erhebliches Konfliktpotential. Sie können rasch aggressive und kontraproduktive Gegenreaktionen auslösen und mithin das eigentliche Ziel in noch weitere Ferne rücken lassen. Hayek beschreibt, wie die Vordenker einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung diesen Aspekt des Interessenausgleichs und des gegenseitigen Respekts bei ihren Überlegungen berücksichtigt haben: „Sie waren sich des Widerstreits der individuellen Interessen sehr wohl bewußt und betonen die Notwendigkeit ‚wohlgebauter Institutionen‘, in denen ‚Regeln und Grundsätze der widerstreitenden Interessen und der abgewogenen Vorteile‘ die gegeneinander stehenden Interessen versöhnen würden, ohne irgend einer Gruppe die Macht zu geben, die eigenen Ansichten und Interessen stets über die der anderen vorherrschen zu lassen.“⁵⁶

Gesellschaftlicher Frieden kann nicht künstlich erzeugt oder gar verordnet werden, sondern muss sich selber bilden. Darum steht für Hayek fest, „daß die Basis für das friedliche Zusammenleben von Menschen in einer Großgesellschaft auf einer Übereinkunft hinsichtlich jener Regeln beruhen muß, die eine sich selbst bildende oder abstrakte Ordnung hervorbringen. Wir sind tatsächlich der Schaffung friedlicher Bedingungen in immer größeren Gruppen nicht dadurch nähergekommen, daß wir sie ‚organisiert‘ hätten, sondern im Wege der Durchsetzung dessen, was die ‚Herrschaft des Gesetzes‘ genannt wird, nämlich die allgemeine Annahme und Durchsetzung von zweckunabhängigen Regeln.“⁵⁷

⁵⁵ Mises, Ludwig von, Liberalismus, Jena 1927, 104.

⁵⁶ Hayek, Individualismus, 14f.

⁵⁷ Hayek, Ordnung, 32; vgl. Hayek, Rechtsordnung, 58: „weil jene abstrakten Regeln die Bildung einer Großgesellschaft mit umfassender Friedensordnung möglich machte[n], die nicht mehr die gemeinsame Verfolgung konkreter Zwecke voraussetzte, sondern es möglich machte, daß einander

Es gehört zu den häufigen Fehlschlüssen des Menschen, anzunehmen, dass die Kohäsion einer großen Gruppe, der gesellschaftliche Friede, herbeigeführt werden könne durch lenkende Eingriffe.⁵⁸ Selbstverständlich wünscht man sich, die Friedensbedingungen nach eigenem Geschmack gestalten zu können. Dass einseitig vorgegebene Friedensbedingungen nicht funktionieren, ist freilich im Laufe der Geschichte schon häufig bewiesen worden. Dies gilt insbesondere für Fälle, in denen von der Partei, denen die Bedingungen gestellt werden, keinerlei Aggression oder Konfrontation ausgegangen ist, wie in diesem Fall bei Migranten, die in ein Land kommen. Hier geht es nicht um die Wieder-Herstellung des Friedens, sondern um das Wachstum einer neuen gesellschaftlichen Realität unter friedlichen Bedingungen.

Die Voraussetzung für ein solches friedliches Miteinander ist aus Hayeks Sicht gerade der Verzicht auf das Stellen von Bedingungen: „Die Große Gesellschaft entstand aus der Entdeckung, daß Menschen in Frieden und zu ihrem wechselseitigen Vorteil zusammenleben können, ohne sich über die konkreten Ziele, die sie gesondert verfolgen, einig sein zu müssen – aus der Entdeckung, daß man, indem man verpflichtende konkrete Ziele durch abstrakte Verhaltensregeln ersetzt, die Friedensordnung über die kleinen Gruppen, die jeweils dieselben Ziele verfolgen, hinaus auszuweiten vermochte“⁵⁹. „Die Möglichkeit der Ausweitung einer Friedensordnung über die kleine Gruppe, die sich auf bestimmte Ziele einigen kann, hinaus auf die Mitglieder der Großen Gesellschaft, die sich darauf nicht einigen könnten, geht überhaupt erst auf die Entdeckung der Methode der Zusammenarbeit zurück, die Übereinstimmung nur hinsichtlich der Mittel, nicht aber der Ziele verlangt.“⁶⁰

Konkret für den Umgang mit Migranten in der Gesellschaft bedeutet das, dass innerhalb der abstrakten Ordnung des Rechtsstaates die Weichen so gestellt werden

unbekannte Menschen mit ganz divergenten Zwecken ihr Wissen wechselseitig in einanders Dienste stellen konnten.“

⁵⁸ Vgl. Mises, Nation, 24: „Von der natürlichen Assimilation durch den persönlichen Verkehr mit Anderssprachigen ist die künstliche Assimilation, die Entnationalisierung durch staatlichen oder sonstigen Zwang, wohl zu unterscheiden. Die Assimilation ist als sozialer Prozeß an bestimmte Voraussetzungen geknüpft; sie kann nur eintreten, wenn ihre Bedingungen gegeben sind. Zwangsmittel bleiben da machtlos; sie können nie zum Erfolge führen, wenn die Vorbedingungen nicht vorhanden sind oder nicht gesetzt werden. Obrigkeitlicher Zwang kann mitunter diese Bedingungen und so mittelbar auch die Assimilation herbeiführen; unmittelbar vermag er die nationale Umformung nicht hervorzurufen. [...] Doch wenn man nur zu Zwangsmitteln zu greifen imstande ist, [...] dann haben die Versuche nationaler Vergewaltigung kaum Aussicht auf Erfolg.“

⁵⁹ Hayek, Recht, 260.

⁶⁰ Ebd., 153f.

müssen, dass ein organisches Zusammenwachsen innerhalb der Gesellschaft ermöglicht wird. Frieden lässt sich weder planen noch erzwingen, es können nur Bedingungen hergestellt werden, die sein Wachstum begünstigen.

Keine Angst vor Wettbewerb

„Im freien Wettbewerbe mit anderen Völkern die Anziehungskraft der eigenen Kultur sich bewähren zu lassen, das allein ist einer stolzen Nation würdig [...]. Dazu bedarf es keineswegs der Mittel der Macht und der politischen Herrschaft.“⁶¹

- Ludwig von Mises

Die Große oder Offene Gesellschaft hat sich über die Jahrhunderte bewährt und ist heute noch für sehr viele Menschen von hoher Attraktivität. Die erhöhte Migration in westliche Länder hat nicht nur Kriege zur Ursache und ist nicht nur getrieben von dem Verlangen, an den Leistungen des Sozialstaates Anteil zu haben. Vielmehr sind viele Menschen gerade durch die Vorzüge einer Offenen Gesellschaft angezogen: durch Gesellschaften, in denen weitgehend Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Meinungsfreiheit, Mitbestimmung und wirtschaftliche Freiheit verwirklicht sind. Insofern ist es durchaus angebracht, mit Mut und Zuversicht der Begegnung der Offenen Gesellschaft mit anderen Wertesystemen entgegen zu sehen. Nicht durch Zwang oder Planung, sondern durch seine Attraktivität hat dieses System sich bewährt. Hayek geht gar so weit, den Verzicht auf Steuerung zu einer wesentlichen Voraussetzung des Weiterbestehens dieser Form gesellschaftlichen Miteinanders zu erklären: „Ob der Fortschritt andauern wird, kann sehr wohl davon abhängen, daß der Mensch bewußt darauf verzichtet, die Lenkung auszuüben, die heute in seiner Macht liegt.“⁶²

Viele Menschen, die heute in einer Offenen Gesellschaft leben, sind jetzt schon in ein Netz aus multiplen Identitäten verwoben. Hayek beobachtete bereits in den 70er Jahren: „Man sollte [...] nie vergessen, daß heutzutage viele natürliche und juristische Personen zu Netzwerken gehören, die über Staatsgrenzen hinwegreichen, und ebensowenig, daß in einer Nation jeder ein Element in verschiedenen derartigen Ge-

⁶¹ Mises, Nation, 61.

⁶² Hayek, Verfassung, 50.

fügen sein kann.“⁶³ Die integrative Kraft der Offenen Gesellschaft ist ihre entschiedene Stärke gegenüber allen Systemen, die auf Zwang basieren. Während autoritäre Staaten und Machthaber Pluralismus bekämpfen oder ihn instrumentalisieren, um den eigenen Machterhalt zu sichern, herrscht in Offenen Gesellschaften der freie Wettbewerb der Ideen und Werte. Nicht der Staat lenkt die Gesellschaft, sondern sie organisiert sich selbst, weil feststeht, „daß der Staat, die Verkörperung der mit Willen organisierten und bewußt gelenkten Macht, nur ein kleiner Teil des viel reicheren Organismus sein soll, den wir ‚Gesellschaft‘ nennen, und daß jener nur einen Rahmen schaffen soll, innerhalb dessen freie (und daher nicht ‚bewußt gelenkte‘) Zusammenarbeit der Menschen den allergrößten Spielraum hat.“⁶⁴

Dabei ist die Offene Gesellschaft durchaus nicht wehrlos. Sie verzichtet nur auf die Anwendung von Gewalt bei dem Unterfangen, im Wettbewerb der Ideen die Oberhand zu behalten. Dagegen kann und muss sie durchaus das Instrument des gemeinschaftlichen Drucks ausüben, um ihre Werte und Grundsätze zu verteidigen und zu verbreiten. Hayek unterscheidet diese Mittel der Einflussnahme sehr deutlich vom Zwang, der durch staatliche Autoritäten ausgeübt wird: „Jedenfalls fördert es die Klarheit, wenn man den Druck, den die öffentliche Zustimmung oder Ablehnung ausübt, um die Befolgung von Moralregeln und Konventionen zu sichern, nicht Zwang nennt. [...] es kann kaum fraglich sein, daß diese Moralregeln und Konventionen, die weniger bindende Kraft haben als Gesetze, eine wichtige und sogar unentbehrliche Rolle zu erfüllen haben und wahrscheinlich ebenso zur Erleichterung des Lebens in der Gesellschaft beitragen wie die eigentlichen Gesetzesregeln.“⁶⁵ Dass solche Moralregeln und Konventionen nicht vor Fehlentwicklungen gefeit sind, die zum Teil gravierende Folgen für die Betroffenen haben können, zeigen die Beispiele der Übertreibungen von „Anstand und Sitte“ auf der einen und „political correctness“ auf der anderen Seite. Dennoch bleiben diese Folgen immer noch wesentlich weniger bedrohlich und schädlich als diejenigen, die durch ungerechtfertigten Einsatz staatlicher Gewalt hervorgerufen werden.

Bezogen auf die Frage des erfolgreichen Zusammenlebens in einer durch Migration geprägten Gesellschaft heißt das, dass die Vertreter der Offenen Gesellschaft den Wettbewerb nicht fürchten müssen insofern sie bereit sind, für ihre Werte mit Über-

⁶³ Hayek, Recht, 447.

⁶⁴ Hayek, Individualismus, 23.

⁶⁵ Hayek, Verfassung, 187f.

zeugung und notfalls auch mit gesellschaftlichem Druck einzutreten. Sie haben gute Gründe, auf die Attraktivität ihres Modells zu vertrauen und zugleich auf „die nicht auf Zwang beruhenden Konventionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens als wesentliche Faktoren in der Erhaltung des ordentlichen Funktionierens der menschlichen Gesellschaft“⁶⁶ zu bauen.

Selbstverständlichkeiten

„Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.“⁶⁷

- Johann Wolfgang von Goethe

Es gibt einige Verhaltensweisen, die als selbstverständlich vorausgesetzt werden dürfen, wenn Migranten in ein anderes Land kommen. Wenn man auf diese gesondert hinweist, indem man sie zu Teilen einer Leitkultur erklärt oder einfordert, als ob sie etwas Besonderes wären, entwertet man sie. Diese Selbstverständlichkeiten können, sofern sie außerhalb des ohnehin allgemeinverbindlichen Bereichs von Recht und Gesetz liegen, als solche vorausgesetzt werden und durchaus auch mit Hilfe des oben beschriebenen gesellschaftlichen Drucks eingefordert werden. Sie können jedoch nicht Gegenstand staatlichen Zwangs sein, weil es sich bei ihnen nicht um abstrakte Regeln, sondern um Gebote der Klugheit oder des Anstands handelt.

Dazu gehört etwa die immer wieder in die Debatte eingebrachte Forderung, Zuwanderer müssten die Sprache des Landes erlernen, in das sie ziehen. Um friedlich zu koexistieren, ist es nicht unbedingt nötig, dieselbe Sprache zu sprechen. Allerdings befördert es natürlich den wohlwollenden Umgang miteinander und ist insbesondere in den meisten Fällen unerlässlich, um am gesellschaftlichen und ökonomischen Leben teilnehmen zu können. Die Möglichkeiten, durch Arbeit den eigenen Lebensunterhalt zu sichern oder gar zu prosperieren – die wichtigste Voraussetzung für einen Erfolg der Migration –, steigen in erheblichem Maße, wenn man die Sprache eines Landes beherrscht.⁶⁸ Nicht zuletzt die Probleme mit Zuwanderern in der zweiten oder

⁶⁶ Hayek, Individualismus, 23.

⁶⁷ Goethe, Johann Wolfgang von, Faust II, 11936f.

⁶⁸ Vgl. Mises, Nation, 22: „Die Sprache dient dem Umgange mit den Mitmenschen. Wer zu seinen Mitmenschen reden will und verstehen will, was sie reden, muß sich ihrer Sprache bedienen.“

dritten Generation, etwa in Frankreich, Belgien, aber auch in Deutschland, die häufig besser oder ausschließlich die Sprache des Landes beherrschen, zeigen jedoch, dass Sprachkenntnisse zwar eine wichtige, aber keineswegs eine hinreichende Bedingung für gelungenes Zusammenleben sind.

Viele andere Fragen sind in einer Offenen Gesellschaft Selbstverständlichkeiten, müssen mitunter aber von anderen Menschen erst begriffen, durchdacht, möglicherweise in die eigene Kultur übersetzt und modifiziert werden, ehe sie für diese Menschen den selbstverständlichen Charakter bekommen, den sie für Bürger freiheitlicher Staaten bereits haben. Dabei ist der Hinweis nicht unbedeutend, dass sich auch in Offenen Gesellschaften dieses Selbstverständnis erst graduell entwickeln musste. Der respektvolle Umgang mit Frauen, Kindern, anderen Ausländern und sexuellen Minderheiten ist auch in unserer Gesellschaft noch nicht sehr tief verankert. Bis zu einem gewissen Punkt ist hier zweifellos der Rechtsstaat gefragt – unabhängig von der Herkunft oder Nationalität der Betroffenen. Ab diesem Punkt ist vor allem die Gesellschaft gefordert, offensiv für ihre Werte und Überzeugungen einzustehen. Integrationsmaßnahmen, die die Gesellschaft von dieser Verpflichtung entbinden, sind nicht nur weniger effektiv und bisweilen kontraproduktiv, sondern führen auch langfristig zum Verlust des Verantwortungsbewusstseins der einzelnen Bürger für ihr Gemeinwesen.

Andere Fragen werden in die Debatte eingebracht, um symbolische Kämpfe auszufechten. Dem sollten die Bürger einer Offenen Gesellschaft mit Entschiedenheit entgegenreten. So sollte es etwa in einem freiheitlichen Rechtsstaat selbstverständlich dem jeweiligen Arbeitgeber oder Personalverantwortlichen überlassen sein, ob er eine Kopftuchträgerin einstellt. Es kann auch keine Begründung dafür geben, einen Muslim dazu zu nötigen, einer Frau die Hand zu geben. In beiden Fällen sind staatliche Interventionen nicht angebracht, gesellschaftlicher Druck aber mitunter geboten. Andere Fragen, die kulturell besonders aufgeladen sind, müssen in Abwägung und Diskurs geklärt werden, sollten aber auch nicht für Symbolpolitik missbraucht werden, wie etwa die Problematik, ob das Elternrecht so weit gehen kann, ihre Kinder von schulischen Aktivitäten wie Sportunterricht oder Sexualerziehung auszunehmen. Auf keinen Fall sollte jedoch der Diskurs durch politische Interventionen gestört werden. Denn gerade dieser Diskurs ist das Herzstück der Offenen Gesellschaft und des

Jedermann muß sich daher bemühen, die Sprache seiner Umgebung zu verstehen und zu sprechen. Darum nehmen einzelne und Minderheiten die Sprache der Mehrheit an.“

freiheitlichen Rechtsstaates, politischer Aktionismus hingegen immer ein autoritäres Mittel.

Kohabitation und Kooperation statt Integration und Assimilation

„Eine freie Gesellschaft ist eine pluralistische Gesellschaft ohne gemeinsame Hierarchie konkreter Ziele“⁶⁹

- Friedrich August von Hayek

Die Begriffe Integration und Assimilation sind ungeeignet, um zu beschreiben, wie das Zusammenleben von Migranten und einheimischer Bevölkerung am besten organisiert werden kann. Wenn von Integration die Rede ist, wird gemeinhin impliziert, dass es ein klar definierbares gesellschaftliches Gebilde gibt, in das hinein diese Integration stattfinden muss. Es gibt in dieser Vorstellung ein Ziel der Integration, das in Formulierungen wie ein eigenständiges Subjekt auftritt. Ähnliches suggeriert der Begriff Assimilation, der davon ausgeht, dass ein Individuum oder eine Gruppe sich diesem eigenständigen Subjekt anzugleichen habe. Dabei ist dieses Subjekt von niemandem klar definierbar. Abhängig vom kulturellen Hintergrund, der politischen Ausrichtung und anderen Umständen werden alle Menschen ein unterschiedliches Verständnis von der Gesellschaft haben, in die sich jemand zu integrieren hat oder an die er sich assimilieren muss. In der Forderung äußern sich in der Regel nur fiktive Wunschvorstellungen von Gesellschaft. Integration oder Assimilation sind lediglich im Rahmen der kleinen Gruppe möglich, wo klare Zielvorgaben gemacht und eindeutige Werte vermittelt werden können.

Hingegen sind Offene Gesellschaften gekennzeichnet durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Lebensentwürfen, eine beständige Entwicklung und Dynamik und insbesondere den dauernden Wettbewerb der Ideen. Karl Popper umschreibt die Realität der Offenen Gesellschaft im „Westen“ mit den Worten: „Es ist nicht die Einheit der Idee, es ist die Vielheit der Ideen, der Pluralismus, auf den wir im Westen stolz sein sollten. Und auf die Frage ‚Woran glaubt der Westen?‘ könne wir [...] mit Stolz sagen, daß wir im Westen an viele und verschiedene Dinge glauben, an vieles, das wahr ist, und an vieles, das unwahr ist; an gute Dinge und an böse Dinge.“⁷⁰

⁶⁹ Hayek, Recht, 260.

⁷⁰ Popper, Karl, Woran glaubt der Westen?, in: ders., Auf der Suche nach einer besseren Welt, München 2006, 231-253, 240.

Als deutlich bessere Begriffe zur Beschreibung des Miteinanders von Einheimischen und Migranten können die beiden Termini Kohabitation und Kooperation dienen, die im Folgenden kurz definiert werden.

Kohabitation als „Zusammenleben“ bedeutet, dass in einer Offenen Gesellschaft und in einem freiheitlichen Rechtsstaat der Wille zum Zusammenleben das entscheidende Kriterium ist. Ludwig von Mises umschreibt das im Anschluss an den französischen Philosophen Ernest Renan: „Wenn Renan fragt, was eine Nation sei, dann meint er damit: Was soll die Grenzen der unterschiedlichen einzelnen Staaten definieren? Seine Antwort lautet: Nicht die Sprachgemeinschaft; nicht die Rassenzugehörigkeit, die sich auf der Herkunft von gemeinsamen Vorfahren gründet; nicht religiöse Übereinstimmung; nicht gemeinsame wirtschaftliche Interessen; nicht geographische oder strategische Erwägungen, sondern das Recht der Bevölkerung, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden. Die Nation ist das Ergebnis des Willens von Menschen, zusammen in einem Staat zu leben.“⁷¹ Zusammenleben erfordert ein erhebliches Maß an gegenseitiger Rücksichtnahme. Es erfordert die Bereitschaft zum friedvollen Umgang. Es erfordert aber nicht die Einigung auf gemeinsame Ziele oder Werte. Weder die Einheitskultur noch der „Kampf der Kulturen“ muss unser Ziel sein, sondern ein Zusammenleben von freien Menschen in freier Kooperation.⁷²

Kooperation als zweites Element bedeutet, dass es von zentraler Bedeutung ist, Möglichkeiten zu schaffen und Hürden abzubauen, damit im friedfertigen Zusammenleben der gegenseitige Austausch gefördert wird. Sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch auf dem Feld der Selbständigkeit muss konsequent darauf geachtet werden, Einstiegshürden so gering wie möglich zu halten. Das Kooperieren von Mitarbeitern sowie Anbietern und Kunden ist der schnellste und effektivste Weg, um aus potentiellen Gegnern Partner und vielleicht sogar Freunde zu machen. Zugleich sind die zivilgesellschaftlichen Elemente freiwilliger Solidarität, also altruistische Kooperation, wichtige Bindungskräfte innerhalb einer Gesellschaft. Das zeigt sich in eindrucksvoller Weise im Umfeld der jüngsten Flüchtlingskrise in Europa. Diese Solidarität muss

⁷¹ Mises, Ludwig von, *Omnipotent Government*, Yale 1944, 90 (Übers. d. Verf.): „When Renan asks: What is a nation? he means: What should determine the boundaries of the various states? And his answer is: Not the linguistic community, not the racial kinship founded on parentage from common ancestors, not religious congeniality, not the harmony of economic interests, not geographical or strategic considerations, but – the right of the population to determine its own destiny. The nation is the outcome of the will of human beings to live together in one state.“

⁷² Vgl. Hayek, *Verfassung*, 205: „Weder ein allmächtiger Superstaat noch eine lose Vereinigung von „freien Nationen“ muss unser Ziel sein, sondern eine Gemeinschaft von Nationen freier Menschen.“

freilich keineswegs einseitig sein: auch Migranten können sich in vielfacher Weise für die Gesellschaft und Gemeinschaft engagieren, in die sie gezogen sind.

Kohabitation und Kooperation sind in jeder Hinsicht den Versuchen überlegen, das Zusammenleben von Migranten und Einheimischen durch staatliche Maßnahmen zu steuern. Denn sie setzen auf die Fähigkeit spontaner Ordnung, auf die Resilienz und Überzeugungskraft der Offenen Gesellschaft und auf den unbedingten Vorrang des Individuums und seiner Entscheidungen und Wertsetzungen vor der Zwangsgewalt des Staates. Dieser Weg lässt sich nicht zu politischen Zwecken missbrauchen und kann anders als die Durchsetzung einer „Leitkultur“ keine Bedürfnisse nach Sicherung der eigenen Identität befriedigen. Aber er bietet die Möglichkeit, nachhaltig zum gesellschaftlichen Frieden beizutragen und weiterzukommen bei der Suche nach Lösungen für die Schwierigkeiten, die uns das Zusammenleben in der Großen Gesellschaft immer stellt – ob mit oder ohne Migranten.

Bereits im Jahr 1862 formulierte der britische Historiker Lord Acton in seinem Artikel „Nationality“ die wesentlichen Voraussetzungen für Kohabitation und Kooperation: „Wenn wir davon ausgehen, dass das Ziel der Zivilgesellschaft darin besteht, Freiheit zu ermöglichen, um den eigenen ethischen Pflichten nachkommen zu können, müssen wir zu dem Schluss kommen, dass diejenigen Staaten ganz klar die besten sind, die [...] mehrere unterschiedliche Nationen umfassen ohne sie zu unterdrücken. Diejenigen, in denen es keine Vermischung der Völker gibt, sind unvollkommen. Und diejenigen, in denen die Wirkungen dieser Vermischung verschwunden sind, sind hinfällig. Ein Staat, dem es nicht gelingt, verschiedene Völker zufrieden zu stellen, verurteilt sich dadurch selbst. Ein Staat, der sich bemüht, sie zu neutralisieren, zu absorbieren oder sie loszuwerden, zerstört die eigene Lebenskraft. Einem Staat, der sie nicht einbindet, fehlt die wichtigste Grundlage der Selbstregierung. Die Theorie der Nation ist somit ein Schritt rückwärts in der Geschichte.“⁷³ „Freiheit erzeugt Vielfalt und Vielfalt erhält Freiheit, indem sie das Entstehen von Organisation ermöglicht. [...] Diese Vielfalt innerhalb eines Staates ist ein mächtiger Schutzwall gegen das

⁷³ Acton, Nationality, 432 (Übers. d. Verf.): „If we take the establishment of liberty for the realisation of moral duties to be the end of civil society, we must conclude that those states are substantially the most perfect which [...] include various distinct nationalities without oppressing them. Those in which no mixture of races has occurred are imperfect; and those in which its effects have disappeared are decrepit. A State which is incompetent to satisfy different races condemns itself; a State which labours to neutralise, to absorb, or to expel them, destroys its own vitality; a State which does not include them is destitute of the chief basis of self-government. The theory of nationality, therefore, is a retrograde step in history.“

Vordringen staatlicher Institutionen über die politische Sphäre hinaus, die alle teilen, hinein in den Bereich der Gesellschaft, der sich der Gesetzgebung entzieht und spontanen Gesetzen folgt. [...] Die Ablehnung gesellschaftlicher Freiheit, die jedem Absolutismus von Natur aus zu eigen ist, wird stets korrigiert durch nationale Vielfalt. Keine andere Macht könnte das so effizient tun. Die Koexistenz verschiedener Nationen in einem Staat ist gleichermaßen ein Prüfstein für Freiheit wie auch ihre beste Absicherung. Sie ist auch eines der wichtigsten Instrumente von Zivilisation.“⁷⁴

Am Anfang eines gelingenden Zusammenlebens steht die Bereitschaft, darauf zu verzichten, Entwicklungen kontrollieren zu können. Dies gilt selbstverständlich für alle Beteiligten. Der aufnehmende Staat muss jenseits der Durchsetzung von Recht und Gesetz auf Interventionen verzichten. Die aufnehmende Bevölkerung muss sich auf die Anziehungskraft der Offenen Gesellschaft und ihren eigenen Einsatz für sie verlassen. Und Zuwanderer müssen die Bereitschaft mitbringen, ihre eigenen Werte und Normen zu hinterfragen und weiterzuentwickeln.

Karl Popper beschließt den ersten Band seines Werkes „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ mit den Worten: „Das Aufhalten aller sozialen Entwicklung ist kein Heilmittel; es kann uns nicht das Glück bringen. Wir können niemals zur angeblichen Unschuld und Schönheit der geschlossenen Gesellschaft zurückkehren. [...] wenn wir Menschen bleiben wollen, dann gibt es nur einen Weg, den Weg in die offene Gesellschaft. Wir müssen ins Unbekannte, ins Ungewisse und ins Unsichere weiter-schreiten“⁷⁵. Wie ein Echo klingt, was Hayek drei Jahrzehnte später am Ende von „Recht, Gesetz und Freiheit“ schreibt: „Der Mensch ist nicht Herr seines Schicksals und wird es nie sein: Gerade seine Vernunft schreitet immer dadurch fort, daß sie ihn ins Unbekannte und Unvorhergesehene weiterführt, wo er Neues lernt.“⁷⁶ Eine freie Gesellschaft muss darauf verzichten, sich selbst durch planwirtschaftliche Maßnahmen unter Kontrolle zu bringen und sich stattdessen auf die Prinzipien besinnen, die zu ihrem Entstehen geführt haben. Es ist die größte Stärke der Offenen Gesellschaft,

⁷⁴ Ebd., 425 (Übers. d. Verf.): „Liberty provokes diversity, and diversity preserves liberty by supplying the means of organisation [...] This diversity in the same State is a firm barrier against the intrusion of the government beyond the political sphere which is common to all into the social department which escapes legislation and is ruled by spontaneous laws. [...] That intolerance of social freedom which is natural to absolutism is sure to find a corrective in the national diversities, which no other force could so efficiently provide. The co-existence of several nations under the same State is a test, as well as the best security of its freedom. It is also one of the chief instruments of civilization“.

⁷⁵ Popper, Karl R., Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band 1: Der Zauber Platons (Gesammelte Werke Bd. 5), Tübingen 2003, 238f.

⁷⁶ Hayek, Recht, 483f.

dass sie „auf Mut und Zuversicht beruht, auf einer Bereitschaft, der Veränderung ihren Lauf zu lassen, auch wenn wir nicht voraussagen können, wohin sie führen wird.“⁷⁷

⁷⁷ Hayek, Verfassung, 520.

Literatur

Acton, John, Nationality, in: ders., Essays in the History of Liberty (Selected Writings Vol. I), Indianapolis 1985, 409-433. [Acton, Nationality]

Hayek, Friedrich August von, Der Weg zur Knechtschaft (Gesammelte Schriften Bd. B 1), Tübingen 2004. [Hayek, Weg]

Hayek, Friedrich August von, Die Intellektuellen und der Sozialismus, in: ders., Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik (Gesammelte Schriften Bd. A 7), Tübingen 2004, 3-15.

Hayek, Friedrich August von, Die Irrtümer des Konstruktivismus und die Grundlagen legitimer Kritik gesellschaftlicher Gebilde, in: ders., Wissenschaft und Sozialismus. Aufsätze zur Sozialismuskritik (Gesammelte Schriften Bd. A 7), Tübingen 2004, 16-36. [Hayek, Irrtümer]

Hayek, Friedrich August von, Die überschätzte Vernunft, in: ders., Wirtschaftstheorie und Wissen. Aufsätze zur Erkenntnis- und Wissenschaftslehre (Gesammelte Schriften Bd. A 1), Tübingen 2007, 109-134.

Hayek, Friedrich August von, Die Verfassung der Freiheit (Gesammelte Schriften Bd. B 3), Tübingen 2005. [Hayek, Verfassung]

Hayek, Friedrich August von, Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus (Gesammelte Schriften Bd. B 7), Tübingen 2011.

Hayek, Friedrich August von, Eine sich selbst bildende Ordnung für die Gesellschaft, in: ders., Rechtsordnung und Handelsordnung. Aufsätze zur Ordnungsökonomik (Gesammelte Schriften Bd. A 4), Tübingen 2003, 30-34. [Hayek, Ordnung]

Hayek, Friedrich August von, Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, in: ders., Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Aufsätze zur Politischen Philosophie und Theorie (Gesammelte Schriften Bd. A 5), Tübingen 2002, 69-87. [Hayek, Grundsätze]

Hayek, Friedrich August von, Liberalismus, in: ders., Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Aufsätze zur Politischen Philosophie und Theorie (Gesammelte Schriften Bd. A 5), Tübingen 2002, 88-119.

Hayek, Friedrich August von, Recht, Gesetz und Freiheit (Gesammelte Schriften Bd. B 4), Tübingen 2003. [Hayek, Recht]

Hayek, Friedrich August von, Rechtsordnung und Handelsordnung, in: ders., Rechtsordnung und Handelsordnung. Aufsätze zur Ordnungsökonomik (Gesammelte Schriften Bd. A 4), Tübingen 2003, 35-73. [Hayek, Rechtsordnung]

Hayek, Friedrich August von, Wahrer und falscher Individualismus, in: ders., Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Aufsätze zur Politischen Philosophie und Theorie (Gesammelte Schriften Bd. A 5), Tübingen 2002, 3-32. [Hayek, Individualismus]

Mises, Ludwig von, Liberalismus, Jena 1927.

Mises, Ludwig von, Nation, Staat und Wirtschaft, Wien 1919. [Mises, Nation]

Mises, Ludwig von, Omnipotent Government, Yale 1944.

Ortega y Gasset, José, Mirabeau oder der Politiker, in: ders., Gesammelte Werke Bd. 2, Stuttgart 1950.

Popper, Karl R., Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band 1: Der Zauber Platons (Gesammelte Werke Bd. 5), Tübingen 2003.

Popper, Karl R., Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band 2: Falsche Prophe-ten: Hegel, Marx und die Folgen (Gesammelte Werke Bd. 6), Tübingen 2003.

Popper, Karl, Woran glaubt der Westen?, in: ders., Auf der Suche nach einer besse-ren Welt, München 2006, 231-253, 240.

Siemes, Annette/Schneider, Clemens, Offene Grenzen? Chancen und Herausfor-derungen der Migration, Berlin 2014.

Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy

- 2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise
- 2007 – 2 Sepp, Jüri - Estland – eine ordnungspolitische Erfolgsgeschichte?
- 2007 – 3 Eerma, Diana; Sepp, Jüri - Competition Policy's Role in Network Industries - Regulation and Deregulation in Estonia
- 2007 – 4 Claphman, Ronald - Welche Bedeutung haben nationale Wirtschaftsordnungen für die Zukunft der EU? Der Beitrag der sozialen Marktwirtschaft
- 2007 – 5 Strunz, Herbert – Staat, Wirtschaften und Governance
- 2007 – 6 Jang Tae-Seok - South Korea's Aid to North Korea's Transformation Process - Social Market Perspective
- 2007 – 7 Libman, Alexander - Big Business and Quality of Institutions in the Post-Soviet Space: Spatial Aspects
- 2007 – 8 Mulaj, Isa - Forgotten Status of Many: Kosovo's Economy under the UN and the EU Administration
- 2007 – 9 Dathe, Uwe - Wettbewerb ohne Wettbewerb? Über die Bedeutung von Reformen im Bildungswesen für die Akzeptanz der Wettbewerbsidee
- 2007 – 10 Noltze, Karl - Die ordnungspolitische Strategie des Landes Sachsen
-
- 2008 – 1 Seliger, Bernhard - Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung
- 2008 – 2 Gemper, Bodo Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch
- 2008 – 3 Decouard, Emmanuel - Das „Modèle rhénan“ aus französischer Sicht
- 2008 – 4 Backhaus, Jürgen - Gilt das Coase Theorem auch in den neuen Ländern?
- 2008 – 5 Ahrens, Joachim - Transition towards a Social Market Economy? Limits and Opportunities
- 2008 – 6 Wrobel, Ralph - Sonderwirtschaftszonen im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftssysteme: ordnungspolitisches Konstrukt oder Motor institutionellen Wandels?
-
- 2009 – 1 Wrobel, Ralph - The Double Challenge of Transformation and Integration: German Experiences and Consequences for Korea
- 2009 – 2 Eerma Diana; Sepp, Jüri - Estonia in Transition under the Restrictions of European Institutional Competition
- 2009 – 3 Backhaus, Jürgen - Realwirtschaft und Liquidität
- 2009 – 4 Connolly, Richard - Economic Structure and Social Order Type in Post-Communist Europe
- 2009 – 5 Dathe, Uwe – Wie wird man ein Liberaler? Die Genese der Idee des Leistungswettbewerbs bei Walter Eucken und Alexander Rüstow
- 2009 – 6 Fichert, Frank - Verkehrspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft
- 2009 – 7 Kettner, Anja; Rebien, Martina – Job Safety first? Zur Veränderung der Konzessionsbereitschaft von arbeitslosen Bewerbern und Beschäftigten aus betrieblicher Perspektive
- 2009 – 8 Mulaj, Isa – Self-management Socialism Compared to Social Market Economy in Transition: Are there Convergent Paths?

- 2009 – 9 Kochskämper, Susanna - Herausforderungen für die nationale Gesundheitspolitik im Europäischen Integrationsprozess
- 2009 – 10 Schäfer, Wolf – Dienstleistungsökonomie in Europa: eine ordnungspolitische Analyse
- 2009 – 11 Sepp, Jüri – Europäische Wirtschaftssysteme durch das Prisma der Branchenstruktur und die Position der Transformationsländer
- 2009 – 12 Ahrens, Joachim – The politico-institutional foundation of economic transition in Central Asia: Lessons from China
- 2009 – 13 Pitsoulis, Athanassios; Siebel, Jens Peter – Zur politischen Ökonomie von Defiziten und Kapitalsteuerwettbewerb
- 2010 – 01 Seliger, Bernhard – Theories of economic miracles
- 2010 – 02 Kim, GiEun - Technology Innovation & Green Policy in Korea
- 2010 – 03 Reiljan, Janno - Vergrößerung der regionalen Disparitäten der Wirtschaftsentwicklung Estlands
- 2010 – 04 Tsahkna, Anna-Greta, Eerma, Diana - Challenges of electricity market liberalization in the Baltic countries
- 2010 – 05 Jeong Ho Kim - Spatial Planning and Economic Development in Border Region: The Experiences of Gangwon Province, Korea
- 2010 – 06 Sepp, Jüri – Ordnungspolitische Faktoren der menschlichen Entwicklung
- 2010 – 07 Tamm, Dorel - System failures in public sector innovation support measures: The case of Estonian innovation system and dairy industry
- 2010 – 08 Clapham, Ronald - Wirtschaftswissenschaft in Zeiten der Globalisierung
- 2010 – 09 Wrobel, Ralph - Geldpolitik und Finanzmarktkrise: Das Konzept der „unabhängigen Zentralbank“ auf dem ordnungspolitischen Prüfstand
- 2010 – 10 Rutsch, Andreas; Schumann, Christian-Andreas; Wolle, Jörg W. - Postponement and the Wealth of Nations
- 2010 – 11 Ahrens, Joachim; Jünemann, Patrick - Transitional Institutions, Institutional Complementarities and Economic Performance in China: A 'Varieties of Capitalism' Approach
- 2010 – 12 Kolev, Stefan; Der bulgarische Weg seit 1989, Wachstum ohne Ordnung?
- 2011 – 1 Wrobel, Ralph – Energiewende ohne Markt? Ordnungspolitische Perspektiven für den deutschen Stromsektor
- 2011 – 2 Rõigas, Kärt – Linkage between productivity and innovation in different service sectors
- 2011 – 3 Sepp, Jüri – Institutionelle Innovationen im Infrastrukturbereich: Beispiel Post in Estland
- 2011 – 4 Effelsberg, Martin – Measuring absorptive capacity of national innovation systems
- 2011 – 5 Jänsch, Janina – Die Anrechnung natürlicher und anthropogener Effekte auf terrestrische Ökosysteme im Rahmen des Kyoto-Protokolls
- 2011 – 6 Platje, Joost – Institutional Change for Creating Capacity and Capability for Sustainable Development – a club good perspective
- 2011 – 7 Tamm, Dorel; Ukrainski, Kadri – Functional Approach to National Systems of Innovation: The Case of a Small Catching-up Country
- 2011 – 8 Nusser, Michael – Optionen zur Stärkung der Leistungsfähigkeit von Innovationssystemen

- 2012 – 1 Kolev, Stefan – Wider die „Après nous le déluge“-Logik. Ordnungspolitik, Innovation und Nachhaltigkeit.
- 2012 – 2 Varblane, Urmas - National Innovation Systems: Can they be copied?
- 2012 – 3 Reiljan, Janno / Paltser, Ingra - Struktur und Zusammenhänge des staatlichen Innovationssystems und der Innovationspolitik
- 2012 – 4 Lenz, Justus - Innovationssystem Internet: Eine institutionenökonomische Analyse der digitalen Revolution
- 2012 – 5 Chang Jai Chun - Erfolgsfaktoren für "Internationale Projekte"
- 2012 – 6 Gerl, Jörg – Global denken, lokal handeln: Gebäudesanierung als Beitrag zum Klimaschutz am konkreten Beispiel
- 2012 – 07 Seliger, Bernhard – Grünes Wachstum in Südkorea – Etikettenschwindel, Neo-Keynesianismus oder ein neues Paradigma der Ordnungspolitik?
- 2013 – 1 Wrobel, Ralph – Economic Models for New Industrializing Countries in Comparative Perspective
- 2013 – 2 Park, Sung-Jo– Developmental State in Korea (60-70ties) Revisited: Institution-Building for the Making of 'Coordinated Market'
- 2013 – 3 Reiljan, Janno & Paltser, Ingra – The Implementation of Research and Development Policy in European and Asian Countries
- 2013 – 4 Hoen, W. Herman – Emerging Market Economies and the Financial Crisis: Is there Institutional Convergence between Europe and Asia?
- 2013 – 5 Kroos, Karmo – Developmental Welfare Capitalism in East Asia with a Special Emphasis on South Korea
- 2014 – 1 Ahrens, Joachim & Stark, Manuel – Independent Organizations in Authoritarian Regimes: Contradiction in Terms or an Effective Instrument of Developmental States
- 2014 – 2 Terk, Erik – Practicing Catching-up: a Comparison of Development Models of East Asian and Central-Eastern European Countries
- 2014 – 3 Sepp, Jüri; Varblane, Uku – The Decomposition of Productivity Gap between Estonia and Korea
- 2014 – 4 Sepp, Jüri; Kaldaru, Helje and Joamets, Jürgen – The Characteristics and Position of the Economic Structures of Estonia and Korea among the OECD Countries
- 2015 – 1 Bartniczak, Bartosz; Ptak, Michał – Green Jobs in the Renewable Energy Sector
- 2015 – 2 Freudenberg, Sandro; Stephan, Sandra – Fachkräftebedarfsdeckung heute und in der Zukunft: Handlungsempfehlung für eine erfolgreiche Personalbedarfsdeckung in Unternehmen
- 2015 – 3 Kauf, Sabina – Die Unternehmensanforderungen an die Logistikspezialisten und akademische Ausbildung der Logistiker
- 2015 – 4 Komulainen, Ruey – Employer Branding for SMEs: Attracting Graduating Students in IT Industry

- 2016 – 1 Wrobel, Ralph – Der deutsche Arbeitsmarkt zwischen Fachkräftemangel und Immigration: Ordnungspolitische Perspektiven in der Flüchtlingskrise
- 2016 – 2 Walter, Angela– Unternehmen suchen Fachkräfte - Fachkräfte suchen Unternehmen: Employer Branding als Personalstrategie für Recruiting und Bindung von Fachkräften der Generation Y in kleinen und mittelständischen Unternehmen am Beispiel von Sachsen
- 2016 – 3 Paradowska, Monika; Platje, Joost – Key challenges facing the European transport labour market
- 2016 – 4 Behr, Michael – Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland: Herausforderungen, Probleme und Strategien für Sachsen
- 2017 – 1 Sepp, Jüri; Kaldaru, Helje; Varblane, Uki - The Development and Typology of the Employment Structure in OECD Countries
- 2017 – 2 Schneider, Clemens - Die Offene Gesellschaft und ihre Zuwanderer: Kritische Gedanken zu einer planwirtschaftlichen Integrationspolitik

Herausgeber:

Prof. Dr. Stefan Kolev - Erfurt

PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul

Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

www.Ordnungspolitisches-Portal.de